Beschlussvorlage Nr. 195-II-2015

Sitzung/Gremium	Termin	Status
Bau- und Vergabeausschuss	10.11.2015	öffentlich
Stadtrat	10.12.2015	öffentlich

Vorbereitung durch die Verwaltung:

Federführendes Amt: Fachbereich II/Team Bauen

Betr.: Bebauungsplan "Ehemalige Zuckerfabrik" 2. Änderung für die Ortschaft Osterwieck Gemarkung Osterwieck, Flur 10, Flurstück 118, 238, 223 teilweise, 211 teilweise, 213 teilweise und 166 teilweise - Auslegungsbeschluss

Sachverhalt:

Die part AG, Hildesheimer Str. 2 in 37581 Bad Gandersheim als Vorhabenträger, plant den Neubau eines Lebensmitteldiscounters sowie einen Fachmarkt samt zugehöriger gemeinsamer Stellplatzanlage.

Um Baurecht für das Vorhaben zu erhalten wird die Änderung der Art der baulichen Nutzung eines Teilbereichs des B-Plans „Ehemalige Zuckerfabrik“, 1. Änderung, an der „Bahnhofstraße“ von Gewerbegebiet (GE) / eingeschränktes Gewerbegebiet (GEe) gem. § 8 BauNVO zu einem Sondergebiet (SO) „Großflächiger Einzelhandel“ gem. § 11 (3) BauNVO und die Festsetzung der Erschließungsstraße als öffentliche Verkehrsfläche südlich des Sondergebietes notwendig.

Mit dem Antragssteller part AG wurde eine Planungsvereinbarung/ Städtebaulicher Vertrag geschlossen. Der part AG wurde die Ausarbeitung der städtebaulichen Planung für das Baugebiet „Ehemalige Zuckerfabrik“ 2. Änderung in der Stadt Osterwieck einschließlich der diesbezüglich erforderlichen Änderung des Flächennutzungsplanes übertragen.

Für die verkehrliche sowie versorgungstechnische Erschließung soll ein Erschließungsvertrag mit dem Erschließungsträger „part AG“ geschlossen werden.

Der Bebauungsplan „Ehemalige Zuckerfabrik“ 2. Änderung in der Stadt Osterwieck kann nach dem Verfahren der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB durchgeführt werden. Als nächster Verfahrensschritt wird die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 II BauGB sowie die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 II BauGB durchgeführt.

Der Bau- und Vergabeausschuss hat der 2. Änderung des B-Planes zugestimmt.

Finanzielle Auswirkungen der Vorlage

Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr
Veranschlagung im Finanzplan

Ja Nein
Ja Nein
Ja Nein

Pflichtaufgaben

Freiwillige Aufgaben

Ergebnisplan

Finanzplan/ Investitionstätigkeit

Entscheidungsvorschlag:

1. Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck beschließt den vorliegenden Planentwurf des Bebauungsplanes „Ehemalige Zuckerfabrik“ 2. Änderung in der Stadt Osterwieck.
2. Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck beschließt die Auslegung des genannten Planentwurfes der Ergänzungssatzung gemäß § 3 II BauGB.
3. Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck beschließt die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 II BauGB.

Anlage:

Planentwurf des Bebauungsplanes „Ehemalige Zuckerfabrik“ 2. Änderung in der Stadt Osterwieck bestehend aus zeichnerischem Teil (Stand 10/2015), Begründung (Stand 10/2015), Umweltstudie (Stand 11/2015), Gutachten Märkte, Gutachten Schallschutz, Gutachten Beurteilung Abrissgebäude, UVPG LSA, Lageplan, Musterausschreibung, Städtebaulicher Vertrag

Wagenführ
Bürgermeisterin

Brandt
Stellvertretender Fachbereichsleiter

3. Beschluss:

Dem Entscheidungsvorschlag wird

- zugestimmt
- nicht zugestimmt
- mit folgenden Änderungen/ Ergänzungen zugestimmt

Änderungen/ Ergänzungen:

.....
.....
.....
.....

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:

29

davon anwesend:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Stimmenthaltungen:

Auf Grund des § 33 (1) KVG LSA waren keine Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Auf Grund des § 33 (1) KVG LSA haben folgende Mitglieder des Gemeinderates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt:

.....
.....
.....
.....

Osterwieck, 10.12.2015

Wagenführ
Bürgermeisterin